



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

V-8 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXIV. GP



Beratungen des Ständigen Unterausschusses des Hauptausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union

(Auszugsweise Darstellung)

Mittwoch, 2. Juni 2010

Beratungen des Ständigen Unterausschusses des Hauptausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union

(Auszugsweise Darstellung)

XXIV. Gesetzgebungsperiode Mittwoch, 2. Juni 2010

Tagesordnung

KOM (10) 76 endg.

Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung einer Maßnahme der Europäischen Union für das Europäische Kulturerbe-Siegel
(27794/EU XXIV.GP)

Und

SEK (10) 198

Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen

Zusammenfassung der Folgenabschätzung

Begleitdokument zum Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung einer Maßnahme der Europäischen Union für das Europäische Kulturerbe-Siegel

(27796/EU XXIV.GP)

Ein eigenes **Europäisches Kulturerbe-Siegel** soll Stätten und immaterielles Kulturerbe, die von besonderer Bedeutung für die europäische Kultur und Geschichte sind, auszeichnen. Das sieht ein Vorschlag der Europäischen Kommission vor, der am 2. Juni 2010 im EU-Unterausschuss des Nationalrats in Anwesenheit von Bundesministerin Claudia Schmied diskutiert wurde. Dabei soll es laut Erläuterungen nicht um architektonische Qualität oder die Bewahrung des Kulturerbes gehen, sondern vielmehr um den symbolischen Wert für den europäischen Einigungsprozess. Ziel ist es, die Bürgerinnen und Bürger eingehender mit dem europäischen Aufbauwerk und dem vielfältigen Kulturerbe vertraut zu machen.

Die Abgeordneten der **Opposition** äußerten sich unisono **ablehnend**. Die Argumente reichten von Doppelgleisigkeiten, unnötiger Bürokratie bis hin zum Zweifel, dass durch derartige Schritte die Kluft zwischen den Bürgerinnen und Bürgern einerseits und der EU andererseits verkleinert werden könnte (**Abgeordneter Johannes Hübner, F**). Man könne keine Identität konstruieren, diese müsse wachsen, sagten beispielsweise **die Abgeordneten Wolfgang Zinggl (G)** und **Stefan Petzner (B)**. Der von **Abgeordnetem Hübner (F)** eingebrachte **Antrag auf Ausschussfeststellung** mit der Aufforderung, dem Vorschlag der Kommission nicht zuzustimmen, wurde nur von FPÖ, Grünen und BZÖ unterstützt und **blieb somit in der Minderheit**.

Im Gegensatz dazu **begrüßten die Abgeordneten der Koalition Christine Muttonen (S)** und **Sylvia Fuhrmann (V)** die **Vorlage grundsätzlich**, wobei sie aber auch die Notwendigkeit einiger Konkretisierungen einräumten.

In **ihrem Antrag auf Ausschussfeststellung** sprechen sie sich für klare Definitionen und Kriterien für das geplante Siegel aus. Das Verhältnis der Maßnahmen zu bereits existierenden Initiativen sollte noch weiter präzisiert werden, heißt es darin weiter. Der Antrag unterstreicht darüber hinaus die Notwendigkeit, die Vermittlung der europäischen Geschichte und Werte gegenüber Jugendlichen weiter zu stärken, wozu auch das europäische Kulturerbe-Siegel einen bedeutenden Mehrwert liefern könne. Die pädagogische Komponente des geplanten Siegels solle daher weiter forciert werden. Dieser Antrag wurde schließlich **mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP mehrheitlich angenommen**.

Wie den Unterlagen des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur zu entnehmen ist, liegen die Positionen der Mitgliedstaaten zu dieser Initiative teilweise noch weit auseinander. Offene Fragen betreffen insbesondere die Kriterien, das Auswahlprozedere, die Neubewertung der bereits prämierten Stätten sowie die Teilnahme von Drittstaaten.

Diskussion

Bundesministerin Claudia Schmied erläuterte, die Kommission plane, den einzelnen Mitgliedstaaten die Möglichkeit einzuräumen, jährlich zwei Stätten einzureichen, die dann von einer 12-köpfigen Expertenjury bewertet werden, um schließlich eine Stätte pro Land für die Auszeichnung zu empfehlen. Die formale Zuerkennung erfolgt durch die Kommission.

Die Kommission will mit diesem Schritt der bereits bestehenden zwischenstaatlichen Initiative einen einheitlichen Rahmen geben. Seit 2006 wurden auf dieser Grundlage 64 Stätten in 17 Mitgliedstaaten und in der Schweiz prämiert. Österreich hat sich bislang nicht daran beteiligt, da es keine einheitlichen Auswahlkriterien gibt und bis dato keine klare Abgrenzung zu etablierten Auszeichnungen, wie dem UNESCO-Weltkulturerbe oder den Kulturrouten des Europarats, erfolgt ist. Das bestehende Konzept sei noch unausgereift, sagte Ministerin Schmied.

Dementsprechend fiel auch ihre Stellungnahme zur Vorlage der Kommission aus. Sie befürwortete zwar grundsätzlich die Schaffung eines derartigen Siegels, hielt aber fest, der Mehrwert des Siegels könne nur in einer klaren Abgrenzung zu bestehenden Initiativen der UNESCO, des Europarats und der EU selbst liegen. Wesentlich aus heimischer Sicht seien klare Auswahlkriterien sowie ein transparentes Auswahl- und Kontrollverfahren. Schmied tendierte dazu, die Stätten nicht in einem jährlichen Rhythmus, sondern in größeren Zeiträumen auszuwählen. Im Sinne einer einheitlichen Vorgangsweise lehnt Österreich auch die Forderung ab, den bereits ernannten Stätten den Titel ohne weitere Prüfung zu belassen.

Auch die Bezugnahme auf die EU ist für Schmied zu eng gegriffen. Besser wäre es ihrer Ansicht nach, auf die europäische Geschichte, auf Stätten mit symbolischem Wert und weniger auf ästhetische Kriterien abzustellen.

Schmied erklärte, sie plane diese europäische Initiative auch eng mit der politischen Bildung zu verknüpfen, indem bei einer etwaigen Umsetzung der Schwerpunkt auf Jugendarbeit und Vermittlungstätigkeit gelegt werden soll.

Es sei eine wichtige Aufgabe, die Grundidee des europäischen Einigungsprozesses stärker zu vermitteln, begründete **Abgeordnete Christine Muttonen (S)** zu Beginn der Diskussion ihre positive Haltung zum Europäischen Kulturerbe-Siegel. In diesem Punkt unterscheide es sich deutlich von anderen derartigen Siegeln, sagte sie. Dennoch müsse man bei der Umsetzung auf klare Auswahlkriterien achten und dafür Sorge tragen, dass den ausgewählten Stätten nicht unverhältnismäßig große bürokratische Lasten auferlegt werden. Die Stätten sollten auch nach der Zuerkennung des Siegels sowohl durch die EU als auch durch die Nationalstaaten unterstützt werden. Das Siegel müsse "mehr sein als eine schöne Tafel", betonte Muttonen.

Ihre Klubkollegin **Abgeordnete Sonja Ablinger (S)** knüpfte an die Ausführungen von Bundesministerin Schmied an, indem sie die Notwendigkeit unterstrich, mit Hilfe dieser Initiative die Geschichte und das Werden Europas den Menschen näher zu bringen. Europa sei geprägt durch seine Vielfalt, stellte Ablinger fest, weshalb sie dafür eintrat, ein besonderes Augenmerk auch auf grenzüberschreitende Stätten zu legen und Drittländer miteinzubeziehen. Darin sah sie auch eine Möglichkeit, Schulen in die Auffindung von Stätten einzubinden und bildungspolitische Projekte durchzuführen.

Es sei grundsätzlich alles zu unterstützen, womit der europäische Prozess und die Bewusstseinsbildung gestärkt werden, bekräftigte **Abgeordneter Karl Donabauer (V)**. Die Fokussierung auf Geschichtsvermittlung wurde auch von **Abgeordneter Silvia Fuhrmann**

(V) unterstützt. Wie ihr Klubkollege Karl Donabauer sprach sie sich für die Einbindung der Bundesländer bei der Auswahl von Stätten in Österreich aus. Fuhrmann und Donabauer pflichteten der Bundesministerin bei, dass es zu anderen ähnlichen internationalen Initiativen eine klare Abgrenzung geben müsse. Wenn das Siegel einen Wert haben soll, dann müsse es andere Kulturgüter ergänzen, meinte Fuhrmann. Auch der jährliche Rhythmus ist ihrer Meinung nach zu ehrgeizig.

Völlig anders fiel die Bewertung durch die Abgeordneten der Opposition aus. Mit einer derartigen Initiative werde man nicht die Distanz zwischen den Bürgerinnen und Bürgern einerseits und der EU andererseits verringern können, äußerte etwa **Abgeordneter Johannes Hübner (F)** seine Zweifel. Warum eine derartige Maßnahme gerade jetzt erforderlich sei, werde nirgends begründet. Hübner befürchtete sowohl Doppelgleisigkeiten als auch zusätzliche unnötige Bürokratie, die Geld koste. Daher sei es geboten, gerade in Zeiten von Sparbudgets auf den Ausbau der "Kommissionitis" und der Bürokratie zu verzichten. Das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dürfe nicht für so etwas verwendet werden, hielt er fest. Ähnlich reagierte **Abgeordneter Gerhard Kurzmann (F)**, der meinte, mit derartigen Initiativen könne man nicht den schlechten Geschichtsunterricht an den Schulen ersetzen.

Mit diesem Befund stimmte auch der **Abgeordnete der Grünen Wolfgang Zinggl** überein, der auf die Fülle von Gedenkjahren, Gedenktagen und andere Initiativen hinwies. Zinggl vermutete hinter der Idee des Kulturerbe-Siegels eine "Fusion zwischen Tourismussektor und Erinnerungsindustrie" und bemerkte, der gefährlichste Feind der Denkmäler seien die Touristenströme. Die Sache werde nicht zu mehr europäischer Identität führen, sondern zu mehr Konkurrenz unter den einzelnen Staaten, befürchtete er. Man wolle hier eine Identität konstruieren, die nicht gewachsen ist, meinte Zinggl. Das Wesentliche an Europa sei seine Heterogenität und diese werde durch eine derartige Maßnahme sicherlich nicht gestärkt. Jede Art von Auswahlverfahren und Finanzierung widerspreche dieser Heterogenität. Zinggl kritisierte auch die genannten Kriterien zur Abgrenzung gegenüber anderen Initiativen als zu schwammig.

Abgeordneter Stefan Petzner (B) warf ein, dass es sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene sowie in den Bundesländern und in den Gemeinden ausreichend Initiativen mit der gleichen Zielsetzung gibt. Der Vorschlag der Kommission ist seiner Meinung nach nicht geeignet, eine europäische Identität zu erzeugen, sagte er. Hier werde versucht, eine Identität zu konstruieren, vielfach müsse diese aber wachsen. Auch für ihn sind die Auswahlkriterien nicht nachvollziehbar. Die Umsetzung des Vorschlags würde einen Wulst bürokratischer Maßnahmen und Kosten nach sich ziehen, argumentierte Petzner. Ihm zufolge sollte die Regierung eher innerösterreichische Initiativen unterstützen, zum Beispiel das Gedenken an die Volksabstimmung in Kärnten nach dem Ersten Weltkrieg.

In ihrer Replik auf die Diskussion betonte **Bundesministerin Claudia Schmied**, es liege an jedem Mitgliedsstaat selbst, was er aus den Möglichkeiten mache. Selbstverständlich sei die Umsetzung auch unter dem budgetären Aspekt zu sehen und selbstverständlich wolle sie die Bundesländer miteinbeziehen. Es sei notwendig, in Österreich selbst ein Auswahlverfahren zu etablieren.

Die Ministerin unterstrich die Ausführungen der Abgeordneten Ablinger, wonach dieses Projekt vor allem Jugendliche ansprechen sollte. Wichtig seien Vermarktung, Vernetzung, Kommunikation, Erfahrungsaustausch und Digitalisierung, stellte Schmied abschließend fest.

Folgender Antrag von SPÖ und ÖVP auf Ausschussfeststellung wurde mit den Stimmen der beiden Koalitionsparteien mehrheitlich angenommen:

Antrag auf Ausschussfeststellung

Der Ausschuss wolle beschließen:

Ausschussfeststellung

betreffend die Schaffung einer Maßnahme der Europäischen Union für das Europäische Kulturerbe-Siegel

eingbracht in der Sitzung am 2. Juni 2010 im Zuge der Debatte zu TOP 1

Die Europäische Kommission hat am 9. März 2010 einen Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlamentes und des Rates zur Einführung eines Europäischen Kulturerbe-Siegels veröffentlicht. Ziel ist es, das Zugehörigkeitsgefühl der europäischen BürgerInnen zur EU unter Berufung auf eine gemeinsame Kultur zu steigern und zugleich touristische Incentives zu setzen. Zwar existiert das Europäische Kulturerbe-Siegel bereits seit April 2006, jedoch bloß als zwischenstaatliche Initiative, an der Österreich bis dato nicht beteiligt ist. Nun will die Kommission das Europäische Kulturerbe-Siegel zu einer förmlichen Maßnahme der Union ausgestalten.

Eine solche Maßnahme sollte klare Definitionen und Kriterien enthalten, damit allfällige Unklarheiten und Widersprüche aufgelöst werden können. Insbesondere sollte:

- das Verhältnis dieser Maßnahme zu bereits existierenden Initiativen wie der Unesco-Welterbe-Liste oder ähnlichen Auszeichnungen in Europa noch weiter präzisiert werden. Zurzeit ist nur davon die Rede, die Kommission und die Mitgliedstaaten würden für "Komplementarität" sorgen. Was darunter konkret zu verstehen ist, bleibt offen.
- die Fokussierung auf die Vermittlung der europäischen Geschichte und Werte gegenüber Jugendlichen weiter gestärkt werden. Das Europäische Kulturerbe-Siegel kann insbesondere in diesem Bereich einen bedeutenden Mehrwert liefern.

Der Ständige Unterausschuss in Angelegenheiten der Europäischen Union geht daher in diesem Sinne davon aus, dass die zuständige Bundesministerin im Zusammenhang mit dem Europäischen Kulturerbe-Siegel sowohl auf nationaler wie auf europäischer Ebene

1. sich dafür einsetzt, das Verhältnis des Europäischen Kulturerbe-Siegels zu ähnlichen Initiativen der Unesco, des Europarates und anderen bereits bestehenden Auszeichnungen explizit zu klären;
2. sich dafür einsetzt, die pädagogische Komponente des Europäischen Kulturerbe-Siegels weiter zu stärken.

Folgender Antrag der FPÖ auf Ausschussfeststellung wurde von SPÖ und ÖVP mehrheitlich abgelehnt:

Antrag auf Ausschussfeststellung

des Abgeordneten Dr. Hübner

Der Ausschuss wolle beschließen:

Ausschussfeststellung

betreffend Ablehnung des Vorschlages für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung einer Maßnahme der Europäischen Union für das Europäische Kulturerbe-Siegel

eingebracht in der Sitzung des EU-Unterausschusses am 2. Juni 2010 im Zuge der Debatte zu TOP 1

Der Ständige Unterausschuss in Angelegenheiten der Europäischen Union hält im Sinne einer Unterbindung von Doppelgleisigkeiten und der Begrenzung von Bürokratie fest, dass die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung auf europäischer Ebene dem Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung einer Maßnahme der Europäischen Union für das Europäische Kulturerbe-Siegel nicht zustimmen sollen.